

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

86. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 28. November 2002, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubucki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2267	
2. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2057	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2020	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	7
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/578	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768	
4. Strukturveränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hamburg und in der Region (HVV-Erweiterung) verbunden mit der Einführung 1. Stufe SH-Tarif	8
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/2670	
5. Bau- und Finanzierungsvertrag über die Reaktivierung der Schienenstrecke Neumünster Süd - Bad Segeberg	9
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/2668	
6. Information/Kenntnisnahme	10
7. Verschiedenes	11
8. Stiftung Schloss Glücksburg	12
- nicht öffentlich gemäß Art. 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 GeschO -	

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2267

hierzu: Umdrucke 15/2719 und 15/2779

M Möller bringt den Nachtragshaushalt ein. Mit Blick auf die Haushaltssituation aller Länder äußert er sich skeptisch, das von der EU vorgegebene Ziel, bis 2006 ausgeglichene Haushalte zu fahren, zu erreichen, das sich nicht allein durch Einsparungen, sondern nur durch nachhaltige Einnahmeverbesserungen verwirklichen lasse. Die in der Verfassung vorgegebene Obergrenze der Neuverschuldung werde mindestens in den Bundesländern Berlin, Bremen, Niedersachsen und Saarland überschritten.

Abg. Wiegard begrüßt, dass die Landesregierung von ihrer Absicht, Anteile der Landesbank zu verkaufen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand genommen habe. Er kritisiert, die von der Regierung durch Erhöhung der Kreditaufnahme finanzierten Maßnahmen seien nicht geeignet, die angebliche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren, und die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, deren Einbrüche wesentliche Ursache der Haushaltsmisere seien, im Haushalt 2002 wider besseres Wissen unrealistisch veranschlagt worden.

M Möller macht darauf aufmerksam, dass man dem Haushalt die Ergebnisse der von Baden-Württemberg durchgeführten regionalisierten Steuerschätzung zugrunde gelegt habe, auch bezüglich der Körperschaftsteuer, deren Einnahmen mittlerweile auf das Niveau der Biersteuer abgesunken seien. Umso notwendiger sei es, das Körperschaftsteueraufkommen durch entsprechende Maßnahmen zu stabilisieren.

Abg. Kubicki äußert, die Voraussetzungen für eine Überschreitung der Kreditobergrenze seien nicht gegeben, weil das Bruttoinlandsprodukt weiter zunehme und die Zahl der Erwerbslosen nicht überdurchschnittlich ansteige. Er kritisiert, dass die Landesregierung den vom Bun-

destag beschlossenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Bundesrat nicht zustimmen wolle.

M Möller begründet die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch einmal mit dem Einbruch der Steuereinnahmen, insbesondere der Körperschaftsteuer, die jetzt durch eine höhere Kreditaufnahme aufgefangen werden müssten, um die folgenden Haushalte nicht derart vorzubelasten, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Investitionen drastisch gekürzt werden müssten. Auf Fragen von Abg. Spoorendonk zur Steigerung der Beihilfekosten von Beamtinnen und Beamten teilt er mit, man bemühe sich, über eine entsprechende Bundesratsinitiative Kostensenkungen herbeizuführen, zum Beispiel den Vergütungssatz für Ärzte zu reduzieren. Die Steigerung der Gerichtskosten sei insbesondere auch auf das neue Insolvenzrecht und das Betreuungsgesetz zurückzuführen.

Abg. Heinold problematisiert die Steigerung der Gerichtskosten und bittet das Justizministerium, noch einmal den Ursachen nachzugehen.

Nach kurzer Verfahrensdiskussion beschließt der Ausschuss einstimmig, in der nächsten Sitzung, am 5. Dezember 2002, über den Nachtragshaushalt abzustimmen und dem Landtag zu empfehlen, den Nachtragshaushalt am 13. Dezember 2002 zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2057

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

hierzu: Umdrucke 15/2484, 15/2497, 15/2500-15/2502, 15/2520, 15/2525-15/2527, 15/2529 bis 15/2533, 15/2535, 15/2546, 15/2592, 15/2593, 15/2595, 15/2600, 15/2601, 15/2603, 15/2621, 15/2673, 15/2706, 15/2750, 15/2751, 15/2752, 15/2779

M Möller bringt die Nachschiebeliste, Umdruck 15/2673, ein und weist noch einmal darauf hin, dass das Steueraufkommen des Landes in diesem Jahr niedriger sei als in den Vorjahren. Auf eine Frage von Abg. Arp erwidert er, die Einsparungen von 35 Millionen € bei den Personalkosten werde durch ein Bündel von Maßnahmen, die die Bundesländer auf den Weg brächten, erreicht.

Abg. Wiegard wiederholt seine Bitte an das Finanzministerium, dem Ausschuss eine Übersicht über die Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes in den letzten Jahren zuzuleiten.

VP Qualen und Abg. Kubicki problematisieren die stille Einlage bei der Landesbank in Höhe von 100 Millionen € (§ 16 Abs. 8 des Haushaltsgesetzes).

Der Ausschuss verständigt sich, bis zur nächsten Sitzung die Änderungsanträge der Fraktionen vorzulegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/578

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803 bis 15/806, 15/812, 15/815, 15/827,
15/828, 15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868,
15/1074, 15/1177, 15/2655

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1768

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2206, 15/2306, 15/2389, 15/2397, 15/2402, 15/2418,
15/2466, 15/2483, 15/2515, 15/2523, 15/2536,
15/2538 (neu), 15/2542, 15/2550, 15/2571, 15/2618,
15/2634, 15/2635, 15/2655, 15/2699, 15/2714, 15/2715

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den FDP-Gesetzentwurf Drucksache 15/578 abzulehnen, den SPD-Antrag Umdruck 15/2714 anzunehmen und den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768 mit den empfohlenen Änderungen anzunehmen. Die Mehrheit des Finanzausschusses äußert Bedenken gegen den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/2715.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Strukturveränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hamburg und in der Region (HVV-Erweiterung) verbunden mit der Einführung 1. Stufe SH-Tarif

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 15/2670

Abg. Wiegard kritisiert, dass die Vorlage dem Finanzausschuss erst zugeleitet werde, nachdem der Sachverhalt der Öffentlichkeit längst präsentiert worden sei.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss der Vorlage seine Zustimmung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bau- und Finanzierungsvertrag über die Reaktivierung der Schienenstrecke Neumünster Süd - Bad Segeberg

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 15/2668

Abg. Wiegard bittet das Wirtschaftsministerium, im Ausschuss im ersten Quartal 2003 über die Wiederinbetriebnahme der Schienenstrecke zu berichten.

Einstimmig erteilt der Ausschuss die in der Vorlage erbetene Zustimmung.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 15/2671 - Arbeitskreis „Steuerschätzungen“

Umdruck 15/2672 - GMSH

Umdruck 15/2702 - über- und außerplanmäßige Ausgaben III. Vierteljahr 2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Neugebauer bittet um einen Bericht über die Gründung der Stiftung Schloss Ahrensburg, Abg. Spoorendonk um einen Bericht über die Beförderungssituation in der Steuerverwaltung.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt den öffentlichen und eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 12:30 Uhr

Punkt 8 der Tagesordnung:

Stiftung Schloss Glücksburg

(siehe 73. und 76. Finanzausschusssitzung)

hierzu: Umdrucke 15/2038, 15/2166, 15/2178, 15/2183, 15/2203, 15/2780

- nicht öffentlich gemäß Art. 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 GeschO -

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung Seite 15)

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer